

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/84

Bonn, den 6. Mai 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - a TRIER - MOSKAU - PEKING 63

Karl Marx und seine Interpreten

1 a Eine ausgefallene Idee 22

"Konföderation Bonn - Paris"?

2 - 3 Wann ist endlich Schluß mit der Bodenspekulation? 78

Der lange Weg zum längst fälligen Bundesgesetz

Von Dr. Paul Nevermann, Hamburg

4 - 5 Bonn und Budapest 58

Was wird aus unseren Beziehungen zu Ungarn?

Von Dr. Alfred Graef

* *

*

TRIER - MOSKAU - PEKING

Karl Marx und seine Interpreten

sp - In diesen Tagen haben an vielen Orten Feiern aus Anlaß des 150-sten Geburtstages von Karl Marx stattgefunden. Von Trier über Ostberlin, Moskau bis Peking hat man Marx interpretiert. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt nahm in Trier, dem Geburtsort von Karl Marx, in einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Gedenkfeier indirekt das Fazit der weltweiten Marx-Diskussion vorweg, als er sagte, dieser große Denker habe keine Patent-Rezepte von zeitloser und unbegrenzter Gültigkeit gegeben.

- * "Entscheidend bleiben aber die Impulse, die von seinen Denk-Ansätzen für die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung
- * und für die modernen Soziallehren und politischen Theorien ausgegangen sind."

Wie konfus die Aussagen über das Werk von Karl Marx andererseits sind, mögen folgende Hinweise zeigen.

In Moskau erklärte der sowjetische Parteideologe Michail S u s l o w, die Tätigkeit der Mao-Gruppe (Peking) sei eine

- * flagrante Erscheinungsform der linksradikalen abenteuerlicher Entstellungen des Marxismus. Die Maoisten entsagen in Wirklichkeit
- * der marxistisch-leninistischen Theorie, stellen sich auf den Boden des kleinbürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus und proklamieren das Mao-Zitatenbüchlein zur Wahrheit in höchster Instanz."

In Peking dagegen warf die "Volkszeitung" der sowjetischen Führung vor, sie habe "das Erbe zaristischer Gutsherren und Kapitalisten angetreten" und "versklave und beute das Volk heute genauso aus, wie es vor der Oktoberrevolution geschehen sei." - Und um die Beurteilung des sowjetischen Kommunismus auf die Spitze zu treiben, fügt die Pekinger Volkszeitung hinzu:

- * "Nachdem die Chruschtschowsche Renegaten-Clique die politische Macht an sich gerissen und den Kapitalismus völlig wiederhergestellt hat ... ist die sowjetische Arbeiterklasse und das übrige arbeitende Volk zum zweiten Mal ins Elend gestürzt worden."

Im Getümmel dieser Schimpfkanonaden "richtiger" und "falscher" Marxisten ist die Feststellung nicht ohne Reiz, daß die angeblich richtigen Interpreten von Karl Marx in der Bundesrepublik zwar mit der Mao-Bibel herumlaufen und ihre Demonstrationen mit dem Schlachtruf "Ho - Ho - Tschü-Minh" begleiten, gleichzeitig aber in Trier den Repräsentanten der "Renegaten-Clique in Moskau", Botschafter Zarapkin, mit tosendem Beifall begrüßen...

Auch andere Ungereimtheiten gilt es bei dieser Gelegenheit zu registrieren. In Ostberlin hat man sich natürlich der sowjetischen Interpretation des Maoismus eilfertig angeschlossen. Gleichzeitig ermun-

tert man jedoch die Maciisten in der Bundesrepublik und in Westberlin, wenn diese anstelle der parlamentarischen Demokratie eine Räterepublik ausrufen wollen.

Man könnte dies alles als grotesk bezeichnen, wüßte man nicht, daß gerade die Interpretierungseiferer jenes große Werk eines Karl Marx schädigen, von dem Willy Brandt sagte, dieser große Denker habe mit seinen Denkansätzen Impulse für die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung und für die moderne Soziallehren gegeben. Denn dies ist wohl unbestritten: Auch jene, die sich nicht "Marxisten" nennen, haben nach vielen Irrungen und Fehlwertungen erkannt, daß Karl Marx tatsächlich einer der größten Denker des vergangenen Jahrhunderts war. Wenn u. a. auch die christlichen Kirchen zu den Fragen des Eigentums und der Bewertung der menschlichen Arbeit in der Gesellschaft eine ganz andere Einstellung haben als noch vor wenigen Jahren, dann ist dies wohl nicht zuletzt auf die Kraft der Analyse eines Karl Marx zurückzuführen, der sich heute die denkende Menschheit in der ganzen Welt bedient, wenn sie die Probleme der Gegenwart und Zukunft meistern will.

Eine ausgefallene Idee

"Konföderation Bonn - Paris"?

sp - Durch Originalität zeichnet sich der in einem Zeitungsartikel gemachte Vorschlag des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses im Bundestag, CSU-MdB Zimmermann, Bonn möge mit Paris eine Konföderation eingehen, nicht gerade aus. Zimmermann glaubt, würde dieser Gedanke verwirklicht, eine deutsche Unterschrift unter den Atomwaffensperrrvertrag vermeiden zu können. Welch ein Irrtum! Schon ein weit- aus größerer als der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses hat einmal diesen Gedanken erwogen und Frankreich in den schlimmsten Stunden seiner Geschichte, nämlich in den Junitagen 1940, eine Konföderation mit Großbritannien angeboten. Winston Churchill fand weder bei der damaligen so hart bedrängten französischen Regierung Gehör noch bei dem heutigen Staatschef de Gaulle, der sich schon damals unmittelbar nach der Kapitulation der französischen Armee mit der Organisation des Widerstandes befaßte.

Herr Zimmermann hängt Illusionen nach, wenn er sich von seinem Vorschlag eine Belebung und Vertiefung des deutsch-französischen Verhältnisses erhofft oder gar erwartet, daß dadurch die Europapolitik neue Akzente bekomme. Er wird, wie einst ein Winston Churchill, auf der französischen Seite keinen Partner finden, wohl aber auf viel Kopfschütteln und Erstaunen darüber stoßen, wie weit sich die Phantasie eines CSU-Politikers von der Wirklichkeit entfernen kann. Mehr Realismus wäre Herrn Zimmermann zu empfehlen.

Wann ist endlich Schluß mit der Bodenspekulation?

Der lange Weg zum längst fälligen Bundesgesetz

Von Dr. Paul Nevermann, Hamburg

Der Hamburger Aufbau begann nach der Kapitulation mit einem sozialen Bodenrecht. Schon am 28. 9. 1948 erließ der Senat die Verordnung über einstweilige Maßnahmen für den Aufbau. Ihm folgte 1949 das Hamburger Aufbaugesetz. Es enthält alle gesetzlichen Vorschriften, die die Stadt für einen gesunden Aufbau benötigt: Ein Grenz- ausgleich war möglich, einzelne Grundstücke konnten zu Bodenver- bänden zusammengefaßt werden. Es gab einen Grundstücksumtausch zwi- schen der Stadt und den privaten Grundeigentümern und selbstver- ständlich ein umfassendes Verkaufs- und Ankaufrecht.

Diese Rechtsgrundlage für den Aufbau einer gesunden Stadt wurde durch die rückschrittliche Bundesgesetzgebung zerstört. Auf diesem Gebiet hat sich am meisten ausgewirkt, daß die Sozialdemo- kraten in all den Jahren nicht in der Bundesregierung waren.

Zwar legte 1952 Bundeswohnungsbauminister Wildermuth ein Bau- gesetz vor, das sich weitgehend auf das Hamburger Vorbild bezog. Wir hatten darüber im wohnungspolitischen Ausschuß des Bundesrates eine eingehende Debatte. Plötzlich merkten wir aber - ich war da- mals der Vorsitzende -, daß die Regierung ihren eigenen Entwurf nicht mehr wollte. Warum? Weil die Grundeigentümer bei Bundeskanz- ler Adenauer vorstellig geworden waren!

1955 beschloß der Bundestag ein Ersuchen an die Bundesregierung, ein Gesetz zur Verhinderung der Bodenspekulation einzubringen. Die Regierung hat überhaupt nicht reagiert.

Es wurde zwar der Versuch mit einer Baulandsteuer gemacht und der weitere Versuch mit der Hergabe von Bundesland für den Wohnungs- bau. Beide Maßnahmen haben - wie vorausgesagt - nicht genützt.

Uns geht es um folgendes: 1 qm Ackerland kostet etwa 1 DM. Wenn bekannt wird, daß dieser Acker später einmal bebaut werden könnte, steigen die Preise auf 30 DM pro qm. Das kann doch nicht Rechtens sein! Ich mache dem Verkäufer keinen Vorwurf, sondern dem Gesetz- geber.

Jetzt endlich hat der sozialdemokratische Bundesminister Dr. Lauritzen dieses alte Problem wieder in Arbeit genommen.

Er hat eine Experten-Kommission eingesetzt, die ein Gutachten über den Verkehr mit dem Bauboden ausgearbeitet hat. Es handelt sich zwar zunächst nur um neue Vorschriften für die Sanierung.

Später sollen diese gleichen Grundsätze aber auch für den allgemeinen Markt des Baubodens eingeführt werden. Jedenfalls können wir uns freuen, daß endlich, nach 15 Jahren sträflichen Versäumnisses, das Bodenrecht so gestaltet werden soll, wie Hamburg es schon 1948 tat.

Damals hielt der frühere Hamburger Oberbaudirektor Schumacher eine Rede, sozusagen sein städtebauliches Testament, in der er sagte:

- * "Die Juristen müssen prüfen, ob die Vollmachten, die der
- * Techniker braucht, um der ungeheueren Aufgabe, die vor ihm
- * steht, in erträglicher Weise Herr zu werden, die bestehen-
- * den Gesetze ausreichen, ob polizeiliche Verfügungen, mit
- * denen man vieles machen kann, schon zum Ziele führen, oder
- * ob die Not zwingt, die Vollmachten zu erweitern, woran ich
- * nicht zweifle. Es wird vor allem handeln um die Politik
- * der Bodenpreise - im Sinne ihrer Niedrighaltung, der Ent-
- * eignung, der Umlegung, der Einwirkung auf Bauerlaubnis und
- * der Festlegung von 'Baubereichen'. Ein großes, fundamenta-
- * le Fragen unserer sozialer Kultur berührendes Programm."

In diesem Sinne enthält nun endlich das jetzt veröffentlichte Gutachten folgende wesentliche Vorschläge:

1. Werterhöhungen in Erwartung einer Sanierung werden nicht entschädigt.
2. Das Vorverkaufsrecht der Städte muß erweitert werden.
3. Die Städte benötigen nicht nur ein Vorverkaufsrechts, sondern auch ein Ankaufsrecht, wenn es für die Sanierung notwendig ist.
4. Das Gutachten sieht weiter vor, was ich immer als "Umtauschpflicht" bezeichnet habe. Der Grundeigentümer kann als Gegenleistung nicht nur Geld, sondern andere Grundstücke verlangen oder ein Miteigentum, ein Wohnungseigentum, ein Erbbaurecht oder einen Sanierungsanteilschein.
5. Es geht bei den großen Sanierungsaufgaben auch nicht ohne ein Abbruchangebot und ohne ein Baugesbot.
6. Darum auch die Möglichkeit eines öffentlich-rechtlichen Sanierungsverbandes, in dem die Grundeigentümer zusammengeschlossen werden.

Das alles ist verfassungskonform, ja eine solche Gesetzgebung ist eine Verfassungspflicht. - Darum hat auch die Hamburger Bürgerchaftsfraktion die Initiative ergriffen. Sie fordert in einem Ersuchen, daß auch der Senat sich in Bonn für ein neues brauchbares Bodenrecht einsetzt.

Bonn und Budapest

Was wird aus unseren Beziehungen zu Ungarn?

Von Dr. Alfred Graef

In der letzten Zeit ist es in der Frage der Verbesserung unserer politischen Beziehungen zu Ungarn stiller geworden. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu diesem Land scheint in weitere Ferne gerückt zu sein, obgleich gerade mit Ungarn keine ernsthaften Streitpunkte bestehen. Zwischen Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Grenzprobleme, wirtschaftlich sind beide Länder an der Intensivierung des Handelsverkehrs interessiert und kulturell kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß man sich gegenseitigen Respekt und Anerkennung für die hohen Leistungen zollt, die beide Länder in Vergangenheit und Gegenwart vollbracht haben.

Es kommt noch hinzu, daß die Bundesrepublik alle politischen und wirtschaftlichen Bindungen Ungarns gegenüber der Sowjetunion und den übrigen kommunistischen Ländern Osteuropas in ihrer integrierenden Wirksamkeit anerkennt und keine besonderen Bedingungen an die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ungarn knüpft.

Der deutsche Standpunkt hat sich seit den Verhandlungen, die Bonn im Januar vorigen Jahres mit der ungarischen Regierung in Budapest geführt hat, nicht geändert. Die damals in guter Atmosphäre geführten Verhandlungen erweckten auf deutscher Seite den Eindruck, daß die Ungarn zwar in Bezug auf die deutschen Probleme in mancher Hinsicht von uns abweichender Ansicht sind, daß sie aber unseren Standpunkt zu respektieren geneigt sind, so wie wir ihr Verhältnis zu der Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Ländern in allen seinen Konsequenzen gleichfalls respektieren. Auf dieser Basis schienen günstige Voraussetzungen für die baldige Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und der Bundesrepublik zu bestehen.

Solche Hoffnungen gingen jedoch zunächst nicht in Erfüllung. Denn schon bald nach den Verhandlungen im Januar vorigen Jahres stellte sich heraus, daß die ungarische Regierung sich durch wiederholte Erklärungen immer mehr auf jenen Standpunkt gegenüber der Bundesrepublik zurückzog, den auch die DDR, Polen und auch die Sowjetunion vertreten, nämlich daß Ungarn die diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik nur unter der Voraussetzung aufnehmen könne, wenn sie die Oder-Neiße-Grenze, die DDR und einen veränderten Status Westberlins anerkenne. Die übrigen angeführten Gründe schienen nur vorgeschoben zu sein, um die anderen Forderungen nicht so kraß in das Rampenlicht zu rücken. Inwieweit in diesem Zusammenhang Druck seitens der Sowjetunion und der DDR eine Rolle gespielt haben mag, ist nur sehr schwer zu beurteilen.

Ungarn ist ein souveräner Staat, der seine Politik - wie immer wieder in Budapest betont wird - selbständig und souverän entwickelt und sich hierbei in erster Linie von den Interessen des ungarischen Volkes leiten läßt. Jeder Besucher Ungarns, der in letzter Zeit dieses schöne und interessante Land bereist hat, wird bestätigen können, daß in fast allen Schichten der Bevölkerung der Wunsch nach einer Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland besteht.

Vom gleichen Wunsche ist auch die deutsche Bevölkerung in der Bundesrepublik wie auch die Bundesregierung beseelt; die auch heute noch uneingeschränkt zu den Erklärungen steht, die sie im Hinblick auf die Normalisierung der Beziehungen zu Ungarn im Januar vorigen Jahres gegenüber den ungarischen Regierungsvertretern abgegeben hat. Das ungarische Volk soll wissen, daß die Bundesrepublik es mit diesem Anliegen ehrlich meint und daß sie alles tun wird, um auch Ungarn den Schritt zur Normalisierung der deutsch-ungarischen Beziehungen zu erleichtern.